

■ Stärkung des Wettbewerbs unter den Hochschulen im Rahmen einer unverändert notwendigen

Föderalismusreform:

- » Autonomie der Hochschulen bei der Mittelverwendung und bei Personalentscheidungen.
- » Mehr Wahlmöglichkeiten bei der Auswahl der Hochschulen durch die Studierenden sowie bei der Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen.
- » Wenn in einzelnen Bundesländern Studiengebühren eingeführt werden sollten, ist über Stipendien und Darlehen sicherzustellen, dass niemand aus finanziellen Gründen von einem Hochschulstudium ausgeschlossen wird und diese Mittel ausschließlich der jeweiligen Hochschule zugute kommen.

■ Einführung von Bachelor-/Master-Studiengängen (Bologna-Prozess):

- » Inhaltlich-konzeptionelle Weiterentwicklung der Studiengänge und sachgerechte Akkreditierung durch unabhängige Fachagenturen unter Einbeziehung von Berufspraktikern.
- » Keine Abkopplung der Bachelor-Ausbildung von weiterführenden Masterstudiengängen durch Einführung von „Übergangsquoten“.
- » Stärkung und Profilbildung der Hochschulstandorte durch bessere Abstimmung und mehr Zusammenarbeit zwischen benachbarten Hochschulen in Forschung und Lehre.

FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSPOLITIK

■ Qualität und Effizienz der staatlichen Forschungsförderung steigern:

- » Qualitäts- und Leistungsorientierung als Vergabekriterium für staatliche Forschungsförderungsmittel.
- » Flexible und unbürokratische Förderung der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft durch das neu zu schaffende indirekte Förderinstrument einer staatlichen „Forschungsprämie“ für die Wissenschaft in Höhe von 25 % der vom Unternehmen an die Wissenschaftseinkunft fließenden Finanzmittel.

» Förderung von innovativen chemiebezogenen Forschungsfeldern – insbesondere neue Werkstoffe, Nanomaterialien, Katalyse, Mikrosystemtechnik und industrielle Biotechnologie.

» Etablierung leistungsfähiger „Europäischer Technologieplattformen“ sowie dauerhafte Verankerung der Chemie in den EU-Forschungsrahmenprogrammen zur Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Europas als Forschungsraum und Industriestandort.

■ Verbesserung des Technologietransfers:

- » Intensivierung der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft durch das neu zu schaffende indirekte Förderinstrument einer staatlichen „Forschungsprämie“ (s. o.).
- » Effizienz der Patentverwertungsagenturen durch fachliche Spezialisierung und regionale Bündelung sicherstellen; Konzentration der Agenturen auf Eigenerfindungen der Wissenschaft.

■ Gewinnung hochqualifizierter Forscher, Hochschullehrer und Studierender aus dem Ausland (Brain Gain):

- » Ausbau international ausgerichteter attraktiver Austauschprogramme für Studierende und junge Forscher.
- » Ausweitung des Angebotes an Forschungsarbeitsplätzen in Forschungszentren und in der Industrie – auch durch Ausbau von Stipendiensystemen.

■ Abbau von Innovationshemmnissen:

- » Zielführende und sachgerechte Novellierung des Gentechnikgesetzes.
- » Innovationsfreundliche Gestaltung und Implementierung der Europäischen Chemikalienpolitik.
- » Einheitliches, rechtssicheres und kostengünstiges EU-Gemeinschaftspatent.
- » Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Start up-Unternehmen.
- » Förderung eines innovationsfreundlicheren Klimas in der Gesellschaft.

Herausgeber: Die Chemieorganisationen
September 2005

Positionen der Chemieorganisationen aus Wissenschaft und Wirtschaft zu

Bildung, Forschung und Innovation



Die ChemieArbeitgeber



Bundesarbeitgeberverband
Chemie (BAVC)

Deutsche Bunsen-Gesellschaft
für Physikalische Chemie (DBG)

Gesellschaft für Chemische Technik
und Biotechnologie (DECHEMA)

Gesellschaft für Biochemie und
Molekularbiologie (GBM)

Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh)

Industriegewerkschaft Bergbau,
Chemie, Energie (IG BCE)

Verband Angestellter Akademiker und
Leitender Angestellter der Chemischen
Industrie (VAA)

Verband der Chemischen Industrie (VCI)



VCI



Führungskräfte
Chemie



IG BCE

Innovationen sind der Erfolgsfaktor für eine Volkswirtschaft. Innovationen erschließen neue Märkte. Sie sorgen hierdurch für zusätzliches Wachstum und tragen dazu bei, mehr qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Darüber hinaus verbessern Innovationen die Lebensqualität der Menschen.

Innovationen brauchen ein Klima der Akzeptanz in der Gesellschaft sowie nachhaltige Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Es kommt darauf an, innovative Ideen als Chance für die Zukunftssicherung wahrzunehmen und aufzugreifen. Treibende Kraft für Innovationen ist der Mensch, der Freiräume zur Entfaltung seiner Kreativität, seiner Begabungen und Fähigkeiten braucht – sei es in der Gesellschaft, sei es in der Arbeitswelt. Um Menschen zu bestärken, ihre Fähigkeiten in den Innovationsprozess einzubringen, gilt es, eine Kultur der Aufgeschlossenheit und offenen Kommunikation im Umgang mit Innovationen zu schaffen.

Grundvoraussetzungen für Innovationen sind Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sie sind die wichtigsten Ressourcen einer Wissensgesellschaft, deren wirtschaftliches Wachstum eng mit den Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie mit innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen korreliert.

Die chemische Industrie – einschließlich des Pharmasektors – gehört mit rund 450.000 Beschäftigten und einem Umsatz von über 140 Mrd. € im Jahr 2004 zu den größten Industriezweigen in Deutschland.

Nach der Studie „Innovationsmotor Chemie 2005“ des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ist sie einer der wichtigsten Innovatoren und Impulsgeber für Innovationen in praktisch allen Wertschöpfungsketten der deutschen Wirtschaft.

Die chemische Industrie

» ist mit Abstand der wichtigste Lieferant von innovativen Materialien (fast 80 % des Gesamtabsatzes der chemischen Industrie gehen als Vorprodukte an Industrieunternehmen) und damit eine der Schlüsselindustrien Deutschlands mit Querschnittsbedeutung für die gesamte Wirtschaft: 20 % der FuE-Leistungen (1,6 Mrd. € pro Jahr), die von anderen Industriebranchen direkt genutzt werden, liefert die Chemieindustrie und nimmt damit klar die Spitzenposition unter

allen Branchen in Deutschland ein. 3 Mrd. € Umsatz jährlich in anderen Branchen werden erst durch neue Materialien aus der Chemie ermöglicht.

- » tätig unter Einschluss des Pharmasektors 17 % der gesamten FuE-Aufwendungen der deutschen Industrie; dies sind im Branchenvergleich mit 7,7 Mrd. € in 2004 die dritthöchsten Ausgaben.
- » forscht sehr nah an der Grundlagenforschung: 44 % der Chemieunternehmen, die in den letzten drei Jahren neue Produkte auf dem Markt eingeführt haben, unterhalten Forschungsk Kooperationen mit Hochschulen.
- » nimmt eine zentrale Position im globalen Wettbewerb auf wichtigen Zukunftsmärkten ein: Im Jahr 2004 wurden fast 70 % der deutschen Chemie-Produktion exportiert.

Unverzichtbar für die Sicherung des „Innovationsmotors Chemie“ am Standort Deutschland ist eine in ihrer Leistungsstärke international wettbewerbsfähige Grundlagenforschung an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Daher lauten die beiden Kernforderungen der Chemieorganisationen:

- » Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung steigern
- » innovationshemmende Regulierungen rasch abbauen.

Dies ist im Folgenden ausgeführt.

BILDUNGS- UND HOCHSCHULPOLITIK

■ Umsteuern bei den finanzpolitischen Prioritäten: mehr Geld für Zukunftsinvestitionen und Steigerung der Bildungsausgaben für Schulen und Hochschulen.

■ Stärkung des Wettbewerbs im schulischen Bereich:

- » Föderalismusreform und Reform der Kultusministerkonferenz.
- » Profilbildung und qualitätsfördernder Wettbewerb der Schulen durch größere Autonomie bei innovativer Unterrichtsgestaltung sowie einer Personalpolitik in der Verantwortung des Schulleiters einschließlich erforderlicher Maßnahmen für eine verstärkte Leistungsorientierung der Lehrer.

■ Stärkung der Qualität des Schulunterrichtes:

- » Bundesweite Bildungsstandards etablieren und absichern.
- » Naturwissenschaftlicher Sachunterricht schon in der Grundschule, durchgängig mehr mathematisch-naturwissenschaftlicher Unterricht (MINT-Fächer) in den weiterführenden Schulen (unabhängig von Schulformen und/oder Jahrgangsstufen).
- » Abitur in 12 Jahren, Zentralabitur auf Landesebene und zwei naturwissenschaftliche Fächer verbindlich im Abitur.
- » Für alle Lehrer der Primarstufe schulpraxisorientierte Reform der Aus- und Weiterbildung im naturwissenschaftlich-technischen Lernfeld.
- » Bundesweit abgestimmte Reform der Lehrerbildung mit dem Ziel der Stärkung des Praxisbezuges und Sicherung der Vergleichbarkeit der Abschlüsse in den Lehramtsstudiengängen.
- » Verstärkter Ausbau und mehr Praxisbezug der Lehrerfortbildung im naturwissenschaftlich-technischen Fächerfeld; Verpflichtung der Lehrer zur Fortbildung.
- » Ausweitung von Ganztagsschulangeboten mit einem ganzheitlichen pädagogischen Konzept.

■ Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung:

- » Zielgruppenorientierte und zielgerichtete Berufsausbildungsvorbereitung der Jugendlichen.
- » Profilierung der Berufsschule als Partner der Betriebe mit dem Ziel der Verbesserung der Lernortkooperation.
- » Modernisierung und Flexibilisierung von Ausbildungsinhalten mit Angeboten für leistungsstärkere und leistungsschwächere Jugendliche.
- » Optimierung des Weiterbildungssystems durch gezielte Bedarfsorientierung und weitere Flexibilisierung.
- » Stärkung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung.